

stisch: Wir sollten nicht vergessen, dass wir selbst ohne richtige Strategie in Afghanistan viel erreicht haben. Was hatten wir denn im Jahr 2002? Die Polizei, die Armee und die meisten Institutionen waren quasi privat – einschließlich des Kultusministeriums. Verschiedene Gruppen haben es kontrolliert.

Bei den letzten internationalen Afghanistan-Konferenzen, in London im Januar 2010 und in Istanbul Anfang November, gab es keine einzige Frau in der afghanischen Delegation. Wie kommt das?

Sima Samar: Das zeigt den fehlenden politischen Willen der Regierung und ihrer Partner, der internationalen Gemeinschaft. Das Frauenthema wird nicht ernst genommen. Manchmal wird darüber gesprochen, aber dann wird es nicht wirklich ernst genommen.

Sie sind Vorsitzende der Unabhängigen Menschenrechtskommission (AIHRC). Diese gilt als glaubwürdig, doch scheint sie auch machtlos zu sein, denn wie Sie selbst sagen, wurde bisher kein Warlord vor Gericht gestellt. Stehen Sie einer zahnlosen Institution vor?

Sima Samar: Menschenrechtskommissionen haben in keinem Land der Welt Befugnisse im Bereich der Straf-

verfolgung. Trotzdem haben wir viel erreicht, etwa bei der Reduzierung der Folter. Polizei und Geheimdienst folterten jeden, den sie festnahmen. Heute gibt es zwar auch noch Fälle von Folter, aber die Verantwortlichen versuchen, dies zu vertuschen. In Trainingseinrichtungen von Polizei und Armee wird heute ein Grundverständnis von Menschenrechten vermittelt – dies ist ein großer Erfolg.

Vor einigen Wochen haben an der Isaf-Truppe beteiligte Nationen ihre Soldaten angewiesen, afghanischen Institutionen keine Gefangenen mehr zu überstellen, weil diesen Folter drohe.

Sima Samar: Die Länder, die das beaupten, sollten mit gutem Beispiel vorangehen und dafür sorgen, dass ihre Soldaten nicht foltern. Sie sollten den Afghanen auch keine Gefangenen zum Foltern geben. Statt gegenseitig Vorwürfe zu erheben, lässt sich das Problem am besten durch Kooperation lösen. Schließlich müssen irgendwann die Gefangenen übergeben werden. Deshalb brauchen Afghanen entsprechendes Training und Monitoring. Und Afghanen sollten nicht nur über Menschenrechte reden, sondern auch verstehen, dass andere zu foltern einem selbst die Menschenwürde nimmt.

Darf Ihre Menschenrechtskommission inzwischen die Zustände im Militärgefängnis auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Bagram untersuchen?

Sima Samar: Es gibt dort das neue US-Militärgefängnis *Parwan*, das dürfen unsere Mitarbeiter seit einiger Zeit betreten. Aber nur das und nicht die angrenzende eigentliche US-Basis. Ich war 2010 mit unserem Justizminister und einem Mitarbeiter des Präsidenten dort, aber es entzieht sich weiter unserer Kontrolle. Es gibt dort keine Transparenz und das nährt Gerüchte über ein geheimes Gefängnis, in dem womöglich widrige Verhörmethoden oder gar Folter betrieben werden. Wir versuchen seit 2004 Zutritt zu bekommen, doch es dauerte bis 2010, bis wir das inzwischen vom Stützpunkt Bagram abgetrennte Gefängnis Parwan betreten durften.

Zum Autor

Sven Hansen ist Asien-Redakteur der taz, die tageszeitung, und Mitglied im Kuratorium der Asienstiftung in Essen. Er schreibt regelmäßig zu südasiatischen Themen und reist immer wieder in die Region.

Endnote

¹Vgl. Afghanistan im Überblick in diesem Heft.

Loya Jirga

Die gewählten Stammesführer Afghanistans müssen in die Friedensverhandlungen mit einbezogen werden

Otmar Steinbicker

Über Jahrhunderte wurden wichtige Beschlüsse über das Schicksal des Landes von einer *Loya Jirga* gefasst, einer Versammlung der gewählten Stammesältesten aus allen Landesteilen. Eine Versammlung unter dem Namen *Loya Jirga* fand im November 2011 in Kabul statt. Präsident Karsai tut sich schwer damit, diese Versamlungsform und ihre Beschlüsse in seiner Politik zu berücksichtigen

„Die Loya Jirga in Kabul macht weitgehende Einschränkungen der amerikanischen Truppen in Afghanistan zur Bedingung für ein strategisches Abkommen mit den USA. Karsai sieht darin keinen Rat-

schlag, sondern eine Anweisung“, schrieb das Online-Portal der Süddeutschen Zeitung am 19. November 2011.

„Sage und schreibe 76 Artikel umfasst die Abschlusserklärung der Versammlung. 22 davon behandeln den

Friedensprozess mit den Taliban, der zwar keinerlei Fortschritte macht, den die Delegierten aber trotzdem fortgesetzt sehen wollen. In den restlichen 54 Punkten stellen die Delegierten teils harsche Bedingungen für das Abkommen, das unter anderem eine

Stationierung von US-Soldaten für die Zeit nach dem Abzug der Nato-Kampftruppen Ende 2014 vorsieht“, hieß es dort weiter.

Was war los in Kabul? Worum ging es im November 2011?

Die USA verlangen seit langem von Afghanistan die Zustimmung zu langfristigen US-Militärstützpunkten auf dessen Territorium. Zu verlockend ist die geostrategische Lage für die Militärs, die vom Hindukusch aus China, Russland, Indien, Pakistan und Iran im Blick haben. Doch langfristige US-Militärstützpunkte widersprechen diametral den afghanischen Traditionen der Blockfreiheit. Daher war Präsident Karsai klar, dass er einen solchen Beschluss nicht einfach in seinem Parlament fassen kann.

Afghanistans demokratische Tradition

Afghanistan hat eine andere Demokratietradition. Über Jahrhunderte wurden wichtige Beschlüsse über das Schicksal des Landes von einer *Loya Jirga* gefasst, einer Versammlung der gewählten Stammesältesten aus allen Landesteilen und aus allen Ethnien, die nach ausführlichen Beratungen ihre Entscheidung trafen.

Eine Versammlung der gewählten Stammesältesten mag aus deutscher Sicht eine etwas archaische Mischung aus Feudalismus und Rätedemokratie sein, aus afghanischer Sicht ist dies die traditionelle Demokratie. Die Entscheidungen dieser *Loya Jirga* werden als bindend akzeptiert, aber das auch nur, wenn es sich um eine wirkliche Versammlung der gewählten Stammesältesten handelt.

Genau da liegt der Hase im Pfeffer. Gleich zweimal hat Afghanistans Präsident Hamid Karsai gegen die grund-

sätzlichen Regeln einer *Loya Jirga* verstoßen. Zum ersten bestimmte die Regierung, wer Afghanistans Stämme vertrat. So wurden vielfach statt der gewählten Stammesführer Karsaitreue Regierungsbeamte, Polizei- und Armeeeoffiziere als „Stammesvertreter“ eingeladen. Zum anderen wurde seitens der Regierung selbst dieser Versammlung von Claqueuren nur eine „beratende Funktion“, nicht die Entscheidungsgewalt zugebilligt.

Karsai wusste warum. Denn selbst diese von ihm handverlesene Versammlung stand dem Militärabkommen mit den USA deutlich kritischer gegenüber als ihm lieb war.

Für die gewählten Stammesführer war die Einberufung dieser Versammlung eine schallende Ohrfeige. Sie beschlossen den Boykott dieser Veranstaltung. Naqibullah Shorish, der Stammesführer des mit über drei Millionen Menschen größten afghanischen Stammes der *Kharoti*, schrieb dem Autor per Email aus Kabul: „Alle Stammesführer, die ich kenne, haben eine Beteiligung an dieser *Jirga* abgelehnt. Von den gewählten Stammesführern sind 90 Prozent nicht gekommen, abgelehnt oder nicht eingeladen worden.“

Shorish hatte eine schriftliche Einladung vom Ministerium für Stammesangelegenheiten bekommen, eine Beteiligung jedoch abgelehnt. Sein Stamm hatte mit absoluter Mehrheit beschlos-

sen, die Versammlung zu boykottieren, da es sich nur um eine beratende Versammlung handele, nicht um eine *Loya Jirga*, deren Entscheidungen traditionell für Afghanistan bindend sind.

Werden die gewählten Stammesführer Afghanistans sich diese Entmündigung bieten lassen? Oder werden sie unmissverständlich ihre Stimme erheben und darauf bestehen, dass die traditionellen demokratischen Rechte wiederhergestellt werden?

In den Händen der gewählten Stammesführer Afghanistans liegt jetzt Verantwortung für das Schicksal ihres Landes. Nur sie sind in der Lage, in Afghanistan den gesellschaftlichen Konsens herzustellen, der die Grundlage jeder Friedenslösung bildet. Ein solcher Konsens schließt eine Einbeziehung der aufständischen Taliban und ebenso emanzipierter Frauenorganisationen ein. Eine Unmöglichkeit?

Wenn die gewählten Stammesführer Afghanistans in Zukunft ernst genommen werden wollen, dann müssen sie jetzt ihre Stimme erheben.

Zum Autor

Der Journalist Otmar Steinbicker ist Herausgeber des Aachener Friedensmagazins www.aixpaix.de. Er war von 2006-2009 einer der Sprecher der Kooperation für den Frieden (Zusammenschluss 50 deutscher Friedensorganisationen und -initiativen) und ist seither Mitglied des Kooperationsrates.

Einladung zum Themenpark während der *Loya Jirga* im November 2011

